



**2020/2074(INI)**

1.2.2021

# **STELLUNGNAHME**

des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

für den Ausschuss für regionale Entwicklung

zur Kohäsionspolitik und zu regionalen Umweltstrategien im Kampf gegen den  
Klimawandel  
(2020/2074(INI))

Verfasser der Stellungnahme: Francisco Guerreiro

PA\_NonLeg

## VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung ersucht den federführenden Ausschuss für regionale Entwicklung, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

- A. in der Erwägung, dass die Kohäsionspolitik im Zeitraum 2021–2027 voraussichtlich einen Beitrag in Höhe von 37 % zur Erreichung des allgemeinen Ziels, mindestens 30 % der Gesamtausgaben aus dem Unionshaushalt und dem Aufbauinstrument NextGenerationEU für den Klimaschutz zu verwenden, leisten wird;
- B. in der Erwägung, dass nach den Angaben des Europäischen Rechnungshofs die Umsetzung der Zielvorgabe der EU, die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 20 % zu verringern, zwar zu einer stärkeren und gezielteren Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und der Kohäsionspolitik geführt hat, es jedoch in den Bereichen Landwirtschaft, Entwicklung des ländlichen Raums und Fischerei keine nennenswerte Veränderung zugunsten des Klimaschutzes gegeben hat und nicht alle Möglichkeiten zur Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen vollumfänglich ausgeschöpft wurden<sup>1</sup>;
- C. in der Erwägung, dass schätzungsweise zwischen 8–10 % aller Treibhausgasemissionen auf Lebensmittelverluste und Lebensmittelverschwendung zurückzuführen sind<sup>2</sup>;
  1. stellt fest, dass die Landwirtschaft von strategischer Bedeutung für die EU und die Ernährungssicherheit weltweit ist und dass bäuerliche Gemeinschaften den Folgen des Klimawandels am stärksten ausgesetzt sind;
  2. betont daher, dass die Kohäsionspolitik eine starke durchgängige Berücksichtigung des Klimaschutzes in der Landwirtschaft und in lebensmittelbezogenen Branchen fördern und sicherstellen muss, dass sämtliche Finanzierungsprogramme und -projekte der EU in Strategien zur Unterstützung ambitionierter Klimaziele eingebunden sind, um für einen gerechten Übergang zu einer klimaneutralen und kreislauforientierten Wirtschaft zu sorgen und die Fähigkeit der Landwirte zu einer nachhaltigen Entwicklung zu stärken; weist darauf hin, dass die Kohäsionspolitik einer ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Nachhaltigkeit Rechnung tragen und für Klimagerechtigkeit, die Beseitigung der Armut und die Stärkung der Arbeitnehmerrechte in diesem Bereich sorgen muss;
  3. betont, dass die Vermeidung und Verringerung von Lebensmittelverschwendung und -verlusten sowie die Stärkung lokaler Strukturen und regionaler Wertschöpfungsketten unerlässlich sind, um alle mit dem Anbau, der Herstellung und dem Transport verbundenen Emissionen zu reduzieren;
  4. hebt hervor, dass im Einklang mit Artikel 2 des Übereinkommens von Paris die durchgängige Berücksichtigung des Klimaschutzes in der Landwirtschaft in einer Weise

---

<sup>1</sup> [https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR16\\_31/SR\\_CLIMATE\\_DE.pdf](https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR16_31/SR_CLIMATE_DE.pdf) [Sonderbericht, 2016: Mindestens jeder fünfte Euro des EU-Haushalts für den Klimaschutz: Trotz ehrgeiziger Bemühungen besteht ein großes Risiko, das Ziel nicht zu erreichen, S. 7].

<sup>2</sup> <https://www.ipcc.ch/srccl/chapter/chapter-5/>

erfolgen muss, die die Nahrungsmittelproduktion nicht gefährdet und die Ernährungssicherheit in der Europäischen Union gewährleistet;

5. weist darauf hin, dass der europäische Grüne Deal darauf ausgerichtet ist, das Naturkapital der Union zu schützen, zu bewahren und zu stärken sowie die Gesundheit und das Wohlergehen der Bürger vor umweltbedingten Gefahren und Auswirkungen zu schützen;
6. unterstreicht, dass die europäischen Struktur- und Investitionsfonds sowohl bei der Bekämpfung des Klimawandels als auch bei der Verbesserung der Lebensqualität in ländlichen Gebieten effektiv sein und sich ergänzen müssen;
7. betont, dass eine effiziente tierische Erzeugung dazu beitragen kann, Treibhausgasemissionen zu reduzieren, Senken zu verstärken und die Produktivität zu erhöhen;
8. begrüßt den angenommenen mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der Union für den Zeitraum 2021–2027 und das Aufbauinstrument Next GenerationEU, die eine solide finanzielle Grundlage bilden, um politische Maßnahmen zu unterstützen, die es der EU ermöglichen, das Ziel einer Verringerung der Treibhausgasemissionen um mindestens 55 % bis 2030 zu erreichen<sup>3</sup>;
9. betont, dass die Mittelzuweisungen aus den ESI-Fonds, mit denen der Übergang zu Klimaneutralität in allen förderfähigen Sektoren gefördert wird, sowie die Mittel aus dem EFRE, die dem „grünen, CO<sub>2</sub>-armen Ziel“<sup>4</sup> zugewiesen sind, letztlich erhöht werden müssten, um dieses Ziel zu verfolgen;
10. hebt hervor, dass der Grundsatz der Schadensvermeidung im Rahmen regionaler Umweltstrategien geachtet werden muss;
11. betont, dass die Knappheit der Finanzmittel der Haushalte der EU, der Mitgliedstaaten und der Regionen in absehbarer Zeit aufgrund der beispiellosen wirtschaftlichen Rezession infolge der Maßnahmen im Zusammenhang mit der Pandemie und dem Brexit noch deutlicher werden wird;
12. hebt hervor, dass die Ausgaben aus dem MFR 2021–2027 und dem Aufbauinstrument für das Klimaziel auf mindestens 30 % aller Ausgaben festgelegt sind, was bedeutet, dass mindestens 547 Mrd. EUR der neuen EU-Finanzmittel für den Übergang zu einer grünen Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden;
13. betont, wie wichtig es ist, städtische und ländliche regionale Umweltstrategien an ehrgeizige Klimaziele, die über das allgemeine Ziel der Verwirklichung einer klimaneutralen EU bis 2050 hinausreichen, zu koppeln, wobei der maßgebliche Beitrag der Landwirtschaft, der Lebensmittelbranche und der Forstwirtschaft berücksichtigt wird, da Böden und Wälder die größten CO<sub>2</sub>-Speicher der Welt sind und ihr Potenzial

---

<sup>3</sup> Siehe ferner den ursprünglichen Standpunkt des Europäischen Parlaments zugunsten des Ziels, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 65 % zu senken.

<sup>4</sup> <https://www.caneurope.org/docman/climate-finance-development/3599-funding-climate-and-energy-transition-in-the-eu/file>.

nicht hinreichend ausgeschöpft wird;

14. stellt fest, dass diese Ziele mit den Gesamtzielen der EU in dieser Hinsicht im Einklang stehen müssen;
15. betont, dass die Kohäsionspolitik im Einklang mit den Zielen des europäischen Grünen Deals sowie der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ und der Biodiversitätsstrategie stehen sollte; unterstreicht, dass im Rahmen regionaler Umweltstrategien ein ausgewogener Ansatz verfolgt werden muss, der den bestehenden Zielkonflikten zwischen der Eindämmung des Klimawandels, dem Schutz der biologischen Vielfalt und den wirtschaftlichen und sozialen Aspekten Rechnung trägt, um diesen Krisen in koordinierter Weise zu begegnen;
16. ist der Ansicht, dass die ehrgeizigen politischen Maßnahmen der EU von allen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Akteuren umgesetzt werden und insbesondere darauf ausgerichtet sein sollten, die Ernährungssicherheit zu gewährleisten und die Erschwinglichkeit der Lebensmittel zu erhalten;
17. fordert die Kommission auf, die Rolle der Biotechnologie zu überprüfen; weist darauf hin, dass die Biotechnologie zur Eindämmung des Klimawandels beiträgt, indem sie Lösungen für den Ersatz fossiler Materialien durch biobasierte Materialien bietet; weist darauf hin, dass eine nachhaltige Nutzung landwirtschaftlicher Flächen unerlässlich ist, damit die unterschiedlichen Modelle der landwirtschaftlichen Erzeugung wirksam zur Eindämmung des Klimawandels beitragen;
18. beharrt darauf, dass der Übergang zu Klimaneutralität gerecht und inklusiv sein muss, wobei insbesondere die Bürger zu berücksichtigen sind, die in ländlichen und abgelegenen Gebieten leben;
19. weist darauf hin, dass Innovationen bei der Pflanzenzüchtung mithilfe von Instrumenten wie der Genomeditierung enormes Potenzial haben, wenn es darum geht, Sorten zu entwickeln, mit denen der Klimawandel stärker eingedämmt werden kann;
20. ist der Ansicht, dass eine klimaintelligente Landwirtschaft von der Nutzung und Entwicklung neuer Technologien in der Landwirtschaft abhängt, insbesondere im Falle von Kleinbauern und Biobauern sowie von Kleinerzeugern und Bio-Erzeugern;
21. fordert die Kommission auf, ihre Bemühungen zum Zwecke der Eindämmung des Klimawandels nicht ausschließlich auf die Entwicklung des ökologischen Landbaus zu konzentrieren, sondern auch Anreize für Modelle der integrierten Erzeugung, die Präzisionslandwirtschaft oder Techniken zur Bodenerhaltung zu schaffen;
22. fordert fundierte Daten, einen besseren Zugang zu Informationen und umfassende Schulungen für Landwirte, damit bewährter Verfahren zur Eindämmung des Klimawandels leichter ermittelt und übernommen werden können;
23. betont, dass im Rahmen regionaler Umweltstrategien jegliche Unterstützung für Vorhaben im Zusammenhang mit fossilen Brennstoffen und fossiler Gasinfrastruktur ausgeschlossen und die Erzeugung erneuerbarer Energien und die Ressourceneffizienz in der Landwirtschaft, der Lebensmittelbranche sowie der Agrarforstwirtschaft und der

Forstwirtschaft gefördert werden sollten, wobei die Gleichbehandlung aller potenziellen Begünstigten sicherzustellen ist; hebt hervor, dass ein solcher Schritt nicht nur mit Blick auf die biologische Vielfalt und die Treibhausgasemissionen von Vorteil wäre, sondern auch die landwirtschaftlichen Betriebskosten senken und sich positiv auf die regionale Wirtschaft auswirken könnte;

24. schlägt vor, dass die zuständigen Behörden den nachhaltigsten Optionen wie Wind-, Wellen- oder Solarenergie mit der für die EU-Klimaziele relevanten CO<sub>2</sub>-Amortisationszeit Vorrang einräumen und Bioenergievorhaben strengen und wissenschaftlich aktuellen Nachhaltigkeits- und Förderkriterien unterwerfen, die auch die Verfügbarkeit der jeweiligen Biomasseart sowie die Wiederherstellungs- und Schutzziele berücksichtigen;
25. hebt hervor, dass der Agrarsektor über das Potenzial verfügt, erneuerbare Energie wie Biogas aus landwirtschaftlichen Abfällen und Rückständen wie Dung oder aus anderen Abfallquellen und Rückständen der Lebensmittelindustrie, aus Abwasser sowie aus Siedlungsabfällen zu produzieren;
26. betont, wie wichtig es ist, Phosphor durch dessen Rückgewinnung auf den Feldern zu erhalten, um Verunreinigung zu verhindern und zu vermeiden, dass Phosphor zugefügt werden muss, und fordert, dass im Rahmen der Kohäsionspolitik Projekte zur Verwirklichung dieses Ziels unterstützt werden, insbesondere durch die Wiederverwertung menschlicher Ausscheidungen;
27. weist darauf hin, wie wichtig es ist, das Potenzial der Kreislaufwirtschaft, die zu einer effizienteren Ressourcennutzung beiträgt und einen nachhaltigen Konsum fördert, freizusetzen; betont die wichtige Rolle, die die kreislauforientierte Bioökonomie bei der Bekämpfung des Klimawandels spielt;
28. weist darauf hin, dass die Entwicklung der Kreislaufwirtschaft und der Bioökonomie mehr Arbeitsplätze in der Primärproduktion schaffen wird, und betont, dass die Bioökonomie neue Fertigkeiten, neues Wissen und neue Fachbereiche erfordert, die entwickelt und/oder weiter in die Aus- und Weiterbildung in diesem Bereich integriert werden müssen, um die mit der Bioökonomie einhergehenden gesellschaftlichen Veränderungen zu bewältigen, Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu fördern, den Bedürfnissen der Branche gerecht zu werden und sicherzustellen, dass Fähigkeiten und die Tätigkeit am Arbeitsplatz besser aufeinander abgestimmt sind;
29. betont, dass die Erzeugung erneuerbarer Energien wie Biogas für die Landwirte großes Potenzial bereithält, um ihre Klimateffizienz zu steigern und dazu beizutragen, dass nachhaltige Landwirtschaft zu einem rentablen Geschäftsmodell wird, das Wachstum und (qualifizierte) Beschäftigungsmöglichkeiten in ländlichen Gebieten bietet; hebt hervor, dass die erforderlichen Investitionen erheblich sind und dass die Landwirte daher zugängliche Finanzmittel benötigen;
30. besteht darauf, dass bei den Umweltstrategien besonderes Augenmerk darauf gelegt werden sollte, den Ersatz fossilintensiver durch erneuerbare und biobasierte Materialien aus der Forst- und Landwirtschaft zu unterstützen, da diese beiden Sektoren sowohl als CO<sub>2</sub>-Emittenten als auch als CO<sub>2</sub>-Senken fungieren;

31. betont, dass ein Konzept für den schrittweisen Ausstieg aus der fossilen Energie für jeden Sektor notwendig ist, um zu den Zielen des Grünen Deals und zu Klimaneutralität beizutragen;
32. hebt hervor, dass es für die Entwicklung der Kohäsionspolitik und regionaler Umweltstrategien erforderlich wäre, echte Anreize für Unternehmen mit den politischen Zielen der Bekämpfung des Klimawandels abzustimmen;
33. betont, dass die nachhaltige und naturnahe Waldbewirtschaftung für den kontinuierlichen Abbau von Treibhausgasen aus der Atmosphäre unentbehrlich ist und es außerdem ermöglicht, erneuerbare und klimafreundliche Rohstoffe für Holzserzeugnisse bereitzustellen, die Kohlenstoff speichern und als Ersatz für aus fossilen Rohstoffen hergestellte Materialien und Brennstoffe dienen können;
34. hebt hervor, dass die dreifache Bedeutung der Wälder (Absorption, Speicherung und Substitution) zur Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen in die Atmosphäre beiträgt, wobei gleichzeitig dafür Sorge getragen werden muss, dass die Wälder weiter wachsen und viele weitere Leistungen erbringen können, und daher fester Bestandteil regionaler Umweltstrategien sein sollte;
35. weist darauf hin, wie wichtig es mit Blick auf die Eindämmung des Klimawandels ist, die europäische Nahrungsmittel- und Futtermittelproduktion, insbesondere die Erzeugung von Pflanzenproteinen<sup>5</sup> und die effiziente Nutzung von Kulturen wie mehrjährigen Gräsern, wieder lokal zu verankern und gleichzeitig den Verbrauch lokaler Erzeugnisse zu fördern, um die Transportwege zu verkürzen und die Entwaldung einzudämmen; hebt die Möglichkeiten hervor, die die Kohäsionspolitik und regionale Umweltstrategien bieten, um diese Rückverlagerung zu fördern;
36. unterstreicht die positiven Auswirkungen kurzer Lebensmittelversorgungsketten, die zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung beitragen; weist darauf hin, dass die urbane Landwirtschaft zur Bereicherung der biologischen Vielfalt im städtischen Raum beiträgt, die Abfallbewirtschaftung durch die Kompostierung im Stadtviertel verbessert, Regenwasser zurückhält und die Luftqualität verbessert, und fordert daher, dass im Rahmen der Kohäsionspolitik die heimischen und die regionalen Lebensmittelsysteme sowie die Lebensmittelsysteme auf Stadtteilebene innerhalb der Städte und in den umliegenden Gebieten gestärkt werden; betont, dass nachhaltige landwirtschaftliche Verfahren gefördert und Kleinbauern und lokale Erzeuger beim Erhalt erforderlicher Finanzmittel unterstützt werden müssen, und dass die auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene verfügbaren Finanzierungsinstrumente ermittelt und wirksam genutzt werden müssen;
37. betont, dass Dauergrünland im Bereich der Viehzucht ein wesentliches Instrument ist, um die festgelegten ehrgeizigen Klimaziele zu erreichen;
38. weist darauf hin, dass sich Wälder neben der Kohlenstoffbindung positiv auf das Klima, die Atmosphäre, die Erhaltung der biologischen Vielfalt, die Bewirtschaftung von Flüssen und die Verwaltung von Wasserstraßen auswirken, vor Bodenerosion durch

---

<sup>5</sup> Siehe den Bericht der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament über die Entwicklung von Pflanzenproteinen in der Europäischen Union.

Wasser und Wind schützen und weitere nützliche natürliche Eigenschaften besitzen;

39. ist der Auffassung, dass mit den kohäsionspolitischen Mitteln die multifunktionale Rolle der Wälder bewahrt, eine gesunde Vielfalt der Waldbaumbestände gewährleistet und den Waldbestand für das Wohlergehen der Bevölkerung und die Verbesserung der Umwelt erhalten und vermehrt werden sollten;
40. betont, wie wichtig es ist, junge Menschen in ländlichen Gebieten zu halten und sie dorthin zurückzugewinnen, um ihre aktuelles Wissen und ihre Einstellung zum Umweltschutz und zum Klimawandel zu nutzen und die demografisch herausgeforderten ländlichen Gebiete in blühende, lebendige und nachhaltige Gemeinschaften zu verwandeln; unterstreicht daher, wie wichtig es ist, dass junge Menschen im Rahmen der Programme der Kohäsionspolitik angemessen unterstützt werden;
41. bringt seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass weiterhin große Mengen an Nahrungsmitteln mit weniger fruchtbaren Böden, verschmutzten Böden und verunreinigtem Wasser, deutlich reduzierten Fischfanggebieten und unter teilweise extremen klimatischen Wetterbedingungen erzeugt werden müssen;
42. stellt mit Besorgnis fest, dass die COVID-19-Pandemie die Verwundbarkeit von Städten im Falle von Unterbrechungen der Versorgung, insbesondere der Nahrungsmittelversorgung, aufgezeigt hat;
43. betont, dass die Union angesichts der Auswirkungen des Klimawandels unbedingt eine Politik der Resilienz, insbesondere in den Bereichen Landwirtschaft und Ernährung, verfolgen muss; ist der Auffassung, dass die Kohäsionspolitik in dieser Hinsicht eine führende Rolle spielen kann;
44. ist der Auffassung, dass die Kohäsionspolitik zum Aufbau kürzerer Lieferketten für unsere Nahrungsmittelsysteme beitragen sollte, insbesondere durch die Rückverlagerung unserer landwirtschaftlichen Erzeugung; betont, dass das Ziel einer solchen Rückverlagerung darin bestehen muss, Nahrungsmittel auf lokaler Ebene zu produzieren, zu verarbeiten und zu verbrauchen, um die Ernährungssicherheit der europäischen Regionen zu verbessern, Arbeitsplätze vor Ort zu schaffen und unseren Einsatz fossiler Energien und damit unsere Auswirkungen auf das Klima drastisch zu verringern;
45. ist der Auffassung, dass im Rahmen der Kohäsionspolitik regionale Projekte unterstützt werden sollten, die auf den Aufbau künftiger landwirtschaftliche Systeme abzielen, deren Schwerpunkt auf der Mischkultur liegt, wobei verschiedene Pflanzenarten (Mischanbau), Feldkulturen und Bäume (Agroforstwirtschaft) und selbst Mischungen von Kulturen, Bäumen und Tieren (konservierende Landwirtschaft und Permakultur) miteinander kombiniert werden; betont, dass solche Agrarökosysteme an biologischer Vielfalt und an Heterogenität gewinnen würden, was ihre Anfälligkeit gegenüber Krankheiten und dem Klimawandel verringern würde;
46. fordert nachdrücklich, im Rahmen der Kohäsionspolitik urbane und stadtnahe landwirtschaftliche Systeme zu stärken, indem Stadt- und Dachgärten sowie städtische Permakultur- und Aquaponik-Systeme ausgebaut werden; hebt jedoch hervor, dass die



urbane Landwirtschaft die Ernährungssicherheit der städtischen Bevölkerung zwar deutlich erhöht, in Großstädten aber auch weiterhin nur einen ergänzenden Beitrag zur Lebensmittelversorgung leisten wird; betont daher, dass die stadtnahe Landwirtschaft geschützt und gefördert werden muss;

47. ist der Auffassung, dass die Entwicklung von Stadtwäldern mit Blick auf die Eindämmung der Erderwärmung in den Städten, insbesondere bei Hitzewellen, von erheblichem Interesse ist; hebt hervor, dass laut Angaben der Vereinten Nationen die durch die städtische Vegetation geschaffenen Schattenbereiche den Klimatisierungsbedarf um 30 % reduzieren könnten;
48. weist darauf hin, dass der Ausbau der Wiederbepflanzung in Städten dazu beitragen kann, Oasen der biologischen Vielfalt zu schaffen, die Lärmbelastung und die Luftverschmutzung zu verringern, geschädigte Böden wiederherzustellen, Dürren vorzubeugen und bedeutende Kohlenstoffsinken zu bilden;
49. betont jedoch, dass es von entscheidender Bedeutung ist, bei den in den Städten gepflanzten Bäumen für eine große Vielfalt an Baumarten zu sorgen und einheimische Arten zu fördern;
50. unterstreicht ferner die Grenzen der Nutzung von Alleebäumen; betont, dass bei den Bäumen, die entsprechend der Funktionen, die sie als Ergänzung zu Sträuchern, Gräsern und Bereichen mit lockerer Erde erfüllen müssen, Vielfalt gewährleistet werden muss; fordert ferner, dass dem Anbau von Obstbäumen in Städten Vorrang eingeräumt wird; ist der Auffassung, dass mit den kohäsionspolitischen Mitteln Projekte unterstützt werden sollten, die diese Bedingungen erfüllen;
51. unterstreicht die Vorteile der Entwicklung der ökologischen Weidehaltung in städtischen Gebieten; fordert, dass mit den kohäsionspolitischen Mitteln bestehende Projekte in diesem Bereich unterstützt werden sollten;
52. betont, dass makroregionale Strategien der EU zum Aufbau der Zusammenarbeit beitragen sollten, um regionale Probleme und Probleme in Bezug auf Flusseinzugsgebiete im Zusammenhang mit der Eindämmung des Klimawandels und der Anpassung daran in der Landwirtschaft, der Lebensmittelbranche, der Agroforstwirtschaft und der Forstwirtschaft in Bereichen wie Schutz vor Überschwemmung und Dürre sowie Brandschutz, Flussrenaturierung und Verbesserung der Flusskonnektivität, effiziente kollektive Abfallbewirtschaftung, insbesondere mittels neuer Recyclingtechnologien bei der Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Abfälle, unter anderem mit dem Ziel der Energieerzeugung, der Stärkung der Widerstandsfähigkeit landwirtschaftlicher Betriebe gegenüber allgemeinen Risiken und der Entwicklung einer nachhaltigen europäischen und lokalen Lebensmittelerzeugung, indem insbesondere kurze Lieferketten, deren Bedeutung vor dem Hintergrund der Auswirkungen der COVID-19-Krise hervorgehoben wurde, geschaffen und gestärkt werden, zu lösen;
53. betont, dass Umweltstrategien makroregionale Strategien der EU in dieser Hinsicht unterstützen und ergänzen sollten; fordert einen europäischen Plan zur Bekämpfung der Wüstenbildung und der Schädigung landwirtschaftlicher Flächen, der durch makroregionale Strategien unterstützt wird;

54. hebt hervor, wie wichtig es ist, das Partnerschaftsprinzip bei allen Programmen, der Umsetzung und der Überwachung der EU-Kohäsionspolitik aufrechtzuerhalten und eine enge Zusammenarbeit zwischen regionalen und lokalen Gebietskörperschaften, NRO und Interessenträgern, einschließlich landwirtschaftlicher Verbände und nichtstaatlicher Umweltorganisationen, aufzubauen; betont, dass bei diesem Prozess der Geschlechterperspektive Rechnung getragen werden sollte;
55. stellt fest, dass Gemeinschafts- und Bürgerinitiativen den ökologischen Wandel sowie die Eindämmung des Klimawandels und die Anpassung daran nachdrücklich unterstützen können und dass lokale Aktionsgruppen und das LEADER-Programm primäre Instrumente sein können, um dies zu erreichen; legt den Mitgliedstaaten und den regionalen Behörden nahe, diese Programme mit ihren regionalen Umweltstrategien abzustimmen;
56. betont, dass die Kohäsionspolitik Investitionen in die allgemeine und berufliche Bildung unterstützen sollte, um lokale Behörden, Arbeitnehmer und Unternehmen dabei zu unterstützen, die durch den Klimawandel verursachten Herausforderungen und die Rolle, die sie bei der Eindämmung des Klimawandels und der Anpassung daran in ihren jeweiligen Sektoren spielen können, stärker zu berücksichtigen;
57. hebt hervor, wie wichtig es ist, Synergien zwischen der Kohäsionspolitik und der gemeinsamen Agrarpolitik zu fördern, mit denen ländliche Gebiete unterstützt werden sollen, die extrem anfällig für die Auswirkungen des Klimawandels sind, und den Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft sicherzustellen, in deren Mittelpunkt der soziale und wirtschaftliche Zusammenhalt steht;
58. betont, wie wichtig die Strukturfonds für die Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen im Agrar- und Lebensmittelsektor sind, damit diese wettbewerbsfähiger und umweltfreundlicher werden;
59. hebt hervor, wie wichtig das Konzept der intelligenten Dörfer für die Bewältigung der klimabezogenen Herausforderungen der Union ist, und begrüßt seine Einbeziehung in die künftige GAP, Kohäsions- und Regionalpolitik der Union; besteht darauf, dass die Mitgliedstaaten den Ansatz der intelligenten Dörfer in ihr operationelles Programm zur Umsetzung der EU-Kohäsionspolitik auf nationaler und regionaler Ebene sowie in ihre nationalen GAP-Strategiepläne, die die Ausarbeitung von Strategien für intelligente Dörfer<sup>6</sup> auf nationaler Ebene erfordern werden, aufnehmen; betont den Stellenwert des LEADER/CLLD-Ansatzes bei der Umsetzung von Strategien für intelligente Dörfer, die stärker auf Digitalisierung, Nachhaltigkeit und Innovation ausgerichtet sein sollten;
60. hebt die Möglichkeiten der Entwicklung und Sanierung von Brachflächen hervor, auf denen durch die Dekontaminierung des Bodens und die Umweltverbesserung alter Industriestandorte neue Gewerbegebiete und Gründerzentren entstehen können, um den

---

<sup>6</sup> Artikel 72 b (Änderungsantrag 513) des Standpunkts des Europäischen Parlaments in erster Lesung zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates mit Vorschriften für die Unterstützung der von den Mitgliedstaaten im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik zu erstellenden und durch den Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) zu finanzierenden Strategiepläne (GAP-Strategiepläne) und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates.

- Bedarf an weiteren nicht erschlossenen Flächen zu verringern und Unternehmen und regionale Investitionen anzuziehen, wodurch auch Arbeitsplätze geschaffen werden;
61. begrüßt die Absicht der Kommission, eine Strategie für ländliche Gebiete vorzulegen, und betont, dass die Synergien zwischen den verschiedenen Struktur- und Investitionsfonds verstärkt werden müssen, um den Agrar- und Lebensmittelsektor dabei zu unterstützen, seine wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit und ökologische Nachhaltigkeit zu verbessern;
  62. betont, dass Investitionen in nachhaltige grüne Infrastrukturen auf lokaler und regionaler Ebene im Rahmen der EU-Kohäsionspolitik von entscheidender Bedeutung sind, um die Auswirkungen des Klimawandels auf die Land- und Forstwirtschaft zu bekämpfen und die Klimaresilienz von Mensch, Natur und Wirtschaft zu verbessern;
  63. hebt hervor, dass der Schwerpunkt der Kohäsionspolitik auf dem umfassenden Übergang der europäischen Wirtschaft zur Bioökonomie, basierend auf biogenen Ressourcen aus der Land- und Forstwirtschaft, liegen muss;
  64. hebt die Vorteile des Aufbaus einer Makroregion Mittelmeer insbesondere in Bezug auf die Förderung der Produktion und Exportfähigkeit lokaler Erzeugnisse, hervor;
  65. hebt die Bedeutung eines von der Basis ausgehenden Ansatzes für den Zusammenhalt und die regionale Entwicklung hervor, bei dem Initiativen auf regionaler Ebene und/oder auf Ebene der Mitgliedstaaten ergriffen werden sollten;
  66. hebt hervor, dass der verstärkten Verwendung von Holz aus nachhaltiger Forstwirtschaft in allen Wirtschaftsbereichen (insbesondere im Bausektor) im Rahmen der Kohäsionspolitik und regionaler Umweltstrategien besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muss, da Holz die einzigartige Eigenschaft besitzt, große Mengen CO<sub>2</sub> zu speichern und gleichzeitig energieintensive Ressourcen wie Stahl und Beton zu ersetzen;
  67. ist der Ansicht, dass Digitalisierung und KI-Technologien zwar zu einer nachhaltigeren, widerstandsfähigeren und ressourcenschonenderen Landwirtschaft führen und auch neue Arten von Arbeitsplätzen schaffen können, jedoch eine angemessene Aus- und Weiterbildung, zu der jedermann Zugang haben sollte, erfordern;
  68. hebt hervor, dass die Breitbandinvestitionen der EU in ländlichen Gebieten gestärkt werden müssen, damit die Landwirte digitale Technologien integrieren können, um die Präzisionslandwirtschaft zu entwickeln, da diese für ihren ökologischen Übergang von wesentlicher Bedeutung sein wird;
  69. betont, dass gängige landwirtschaftliche Verfahren und Initiativen für grüne Infrastrukturen in der Land- und Forstwirtschaft sich positiv auf die Kohlenstoffbestände und die Treibhausgasbilanzen in den Mitgliedstaaten auswirken;
  70. weist darauf hin, dass aktuelle politische Initiativen der EU die langfristige Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft und die Anliegen kleiner und mittlerer Unternehmen berücksichtigen müssen;

71. betont, wie wichtig es ist, alle Arten der Konnektivität (Breitband, Verkehr usw.) ländlicher Gebiete auf erschwingliche, nachhaltige und umweltfreundliche Weise zu verbessern;
72. hebt hervor, dass die Umsetzung einer auf den Klimawandel ausgerichteten Kohäsionspolitik und regionaler Umweltstrategien durch Wissenschaft, Forschung und Innovationen untermauert und unterstützt werden muss;
73. betont, dass Forschung und Investitionen in klimawirksame landwirtschaftliche Lösungen, die die biologische Vielfalt fördern, daher in regionale Umweltstrategien einbezogen werden sollten;
74. hebt hervor, dass mit den kohäsionspolitischen Mitteln mehr Ausbildungsprojekte, insbesondere im Bereich der agrarökologischen Landwirtschaft, gefördert werden müssen.

## ANGABEN ZUR ANNAHME IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

<b>Datum der Annahme</b>	26.1.2021
<b>Ergebnis der Schlussabstimmung</b>	+:                 28 -:                 11 0:                 6
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder</b>	Mazaly Aguilar, Clara Aguilera, Atidzhe Alieva-Veli, Álvaro Amaro, Eric Andrieu, Attila Ara-Kovács, Carmen Avram, Adrian-Dragoş Benea, Benoît Biteau, Mara Bizzotto, Daniel Buda, Isabel Carvalhais, Asger Christensen, Angelo Ciocca, Ivan David, Paolo De Castro, Jérémy Decerle, Herbert Dorfmann, Luke Ming Flanagan, Dino Giarrusso, Francisco Guerreiro, Martin Häusling, Martin Hlaváček, Krzysztof Jurgiel, Jarosław Kalinowski, Gilles Lebreton, Norbert Lins, Chris MacManus, Colm Markey, Marlene Mortler, Ulrike Müller, Juozas Olekas, Pina Picierno, Maxette Pirbakas, Bronis Ropé, Bert-Jan Ruissen, Anne Sander, Petri Sarvamaa, Simone Schmiedtbauer, Annie Schreijer-Pierik, Veronika Vrecionová, Juan Ignacio Zoido Álvarez
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter</b>	Manuel Bompard, Marc Tarabella, Adrián Vázquez Lázara

## NAMENTLICHE SCHLUSSABSTIMMUNG IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

28	+
PPE	Álvaro Amaro, Daniel Buda, Herbert Dorfmann, Jarosław Kalinowski, Norbert Lins, Colm Markey, Marlene Mortler, Anne Sander, Petri Sarvamaa, Simone Schmiedtbauer, Annie Schreijer-Pierik, Juan Ignacio Zoido Álvarez
Renew	Atidzhe Alieva-Veli, Asger Christensen, Jérémy Decerle, Martin Hlaváček, Ulrike Müller, Adrián Vázquez Lázara
S&D	Clara Aguilera, Eric Andrieu, Attila Ara-Kovács, Carmen Avram, Adrian-Dragoş Benea, Isabel Carvalhais, Paolo De Castro, Juozas Olekas, Pina Picierno, Marc Tarabella

11	-
ECR	Mazaly Aguilar, Krzysztof Jurgiel, Veronika Vrecionová
ID	Ivan David
The Left	Manuel Bompard, Luke Ming Flanagan, Chris MacManus
Verts/ALE	Benoît Biteau, Francisco Guerreiro, Martin Häusling, Bronis Ropé

6	0
ECR	Bert-Jan Ruissen
ID	Mara Bizzotto, Angelo Ciocca, Gilles Lebreton, Maxette Pirbakas
NI	Dino Giarrusso

Erklärung der benutzten Zeichen:

+ : dafür

- : dagegen

0 : Enthaltung